Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.60 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.60 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 20. Steinheim, Sonnabend, den 17. Februar 1921. 26. Jahrgang.

Wählt Zentrum!

Eine folgenschwere Entscheidung.

Kündigung des Ueberschichtabkommens für den Ruhrbergbau.

In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände in Essen wurde beschlossen, das Ueberschichtenabkommen für den Ruhrbergbau zu kündigen, so daß vom 13. März an keine Ueberschichten mehr verfahren werden, vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

*

Bereits seit längerer Zeit machte sich im Ruhrrevier eine wachsende Abneigung gegen weiteres Verfahren von Ueberschichten bemerkbar. Die Bergleute finden es unerträglich, daß sie durch das Ueberschichtenabkommen Ueberarbeit leisten sollen, während gleichzeitig die englischen und französischen Bergleute und neuerdings auch die Grubenarbeiter im Saargebiet, zum Feiern gezwungen werden. Auch befürchtet man, daß der deutschen Bergarbeiterschaft durch die Pariser Beschlüsse noch größere Arbeitslasten aufgebürdet werden sollen. Unter diesen Umständen kann der Beschluß der Bergarbeiterorganisationen nicht überraschen.

Die Tragweite des Essener Beschlusses ist unübersehbar. Die Kohlenlieferungen an die Entente, zu denen wir nach dem Spa-Abkommen verpflichtet sind, werden dadurch in Frage gestellt. Jede Stockung in der Ablieferung der „Wiedergutmachungskohle" wird aber von Frankreich sofort mit „Sanktionen", mit Strafmaßnahmen beantwortet, denen sich Deutschland in seiner heutigen Lage unmöglich aussetzen darf, so lange es irgendwie zu vermeiden geht. Bei aller Anerkennung der Beweggründe, die zu dem Essener Beschluß geführt haben, möchten wir deshalb doch annehmen, daß es sich nicht um eine endgültige Entscheidung handelt. Wir erwarten vielmehr, daß durch Verhandlungen der Abschluß eines neuen Ueberschichtenabkommens zustande kommt. Regierung und Parlament werden zweifellos die schweren Opfer, die die Bergleute durch Verfahren der Ueberschichten im Interesse des ganzen deutschen Volkes bringen, durch besonderes Entgegenkommen auf die sonstigen Wünsche, insbesondere auf die Besserung ihrer Lebenshaltung und Ernährungslage, würdigen und löhnen müssen.

Was die infolge der Pariser Beschlüsse befürchtete Vergrößerung der bisherigen Arbeitslasten anbelangt, so können auch die Bergleute versichert sein, daß die deutsche Regierung in London eine Annahme des Pariser Diktates strikte verweigern und auch die Erfüllung aller Schadensansprüche, so weit die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes überschreiten, entschlossen ablehnen wird.

Preußenwahl = Reichswahl.

Das ganze Deutschland soll es sein!

II Am Sonntag wählen wir in Preußen. Wir wählen auch für Preußen; aber nicht für Preußen allein, sondern zum Besten von Gesamtdeutschland, für das Wohl von Reich und Nation.

Aller Augen warten auf das Ergebnis der preußischen Wahlen. Nicht bloß die Bruder in den anderen deutschen Staaten und Stämmen auch das Ausland rings umher. Alle werden schließlich denselben Maßstab anlegen, nämlich fragen, ob durch diese Wahl die Eintracht und Kraft des deutschen Volkes gestärkt oder geschwächt worden ist.

Aeußerlich stellt sich die Sache dar als eine einzelstaatliche Sonderwahl; in Wirklichkeit hat sie einen universalen Charakter, eine allgemeine, durchschlagende Bedeutung.

Was haben wir gerettet von den nationalen Gütern, die in den Strudel von Niederlage und Revolution gerissen wurden? Nur die Reichseinheit. Die müssen wir wahren wie einen Augapfel. Das deutsche Reich kann aber nur fest und kräftig bleiben, wenn auch der größte und einflußreichste Bundesstaat sich getreulich in den Dienst der deutschen Gesamtheit stellt.

Die Länder gleichen den Pferden, die vor den großen Reichswagen gespannt werden sollen. Preußen ist tatsächlich das weitaus stärkste von diesen Rossen. Es geht nicht an, daß das größte Pferd hinter den Wagen gespannt wird, und es wäre schon eine unsinnige Kraftvergeudung, wenn man es neben dem Wagen laufen lassen wollte. Die preußische Politik muß deutsche Politik sein; sonst kommen wir nicht vorwärts, nicht wieder aufwärts.

Das predigt besonders eindringlich die gegenwärtige Lage der auswärtigen Beziehungen. Wenn wir in London uns retten wollen vor der angedrohten Erdrosselung, dann müssen wir zu der Konferenz eine Regierung entsenden, die mit zweifellosem Ansehen und wuchtiger Sicherheit den Kampf auf Leben und Tod aufnehmen und durchführen kann. Wo bliebe die Kraft unserer Vertreter und der Respekt unserer Gegner, wenn ein unglücklicher Ausfall der Preußenwahlen die Einigkeit und Ordnung in Deutschland erschüttern würde? Wer durch leichtfertige oder böswillige Quertreibereien bei der Wahl einen Gegensatz schafft zwischen dem preußischen Landtag und dem deutschen Reichstag, arbeitet den Feinden Deutschlands in die Hände.

Und wenn wir auf gerettetem Boot eine Lebensmöglichkeit für Deutschland aus London zurückbringen, so brauchen wir für die weitere Entwicklung unbedingt die Harmonie zwischen den beiden Verkörperungen des Volkswillens. Die Grundlage für den inneren Wiederaufbau ist in der Reichsverfassung gegeben. Die Ausführung obliegt den Einzelstaaten Das Werk kann nur gelingen, wenn wenn in allen Ländern nach dem Plane von Weimar redlich gearbeitet wird. In erster Linie kommt es darauf an, daß im weitaus größten Einzelstaat der Geist der Reichsverfassung die Gesetzgebung und die Verwaltung leitet. Um so mehr, als gerade die idealen Güter (Religion, Sittlichkeit, Jugenderziehung und der ganze Kulturfrieden) von der staatlichen Durchführung der Grundsätze abhängen.

War die erforderliche Harmonie zwischen dem Reich und Preußen bisher vollkommen? Leider nicht, wie sich schon in verschiedenen Einzelheiten gezeigt hat und auch in der verschiedenen Gestaltung der Koalition und des Ministeriums erkennbar wird.

Die Harmonie muß verbessert und sicher gestellt werden. Was können wir als Wähler dazu tun?

Für uns gibt es in dieser Hinsicht keinen Zweifel und kein Schwanken.

Welche Partei bildete den sammelnden, ordnenden, belebenden Mittelpunkt für die erhaltenden Kräfte? Welche Partei trägt als Hauptpfeiler die Reichsgewalt? Welche Partei hat das Gute durchgesetzt, was wir in der Reichsverfassung und in der neuen Staatsverfassung finden? Das Zentrum, das nicht bloß dem Namen nach, sondern tatsächlich nach seinem Wesen und Wirken im Brennpunkt unserer Wiederentwicklung steht.

Das Zentrum muß auch im Landtage dieselbe Kraft und Macht haben, wie im Reichstage; dann ist die Harmonie zwischen Reichspolitik und Preußenpolitik gesichert. Dann bleibt der Nation die Möglichkeit, wieder eine erträgliche Weltstellung zu erringen und einen gedeihlichen Aufschwung im Innern zu erarbeiten.

Also stärkt das Zentrum! Das ist der Wahlweisheit richtiger Schluß. Wer für das Zentrum bei den Preußenwahlen stimmt und wirbt, der ist der richtige Reichswähler und Volksretter.

Polnische Schulforderungen.

Die wilden polnischen Schulen in Oberschlesien.

Eine der vielen unheilvollen Begleiterscheinungen des Augustaufstandes in Oberschlesien war auch die Vertreibung zahlloser Lehrkräfte, insbesondere der Gemeinden der Grenzbezirke. Die illegalen polnischen Behörden setzten an den so verwaisten Schulen eigentümliche Lehrer ein, deren einzige Qualifikation die Tatsache war, daß sie polnisch sprechen konnten. Es befanden sich darunter Studenten aus Posen und Warschau, ja sogar Schüler, und unter den Lehrerinnen einzeln sogar Dienstmädchen. Auch nach der Rückkehr der Lehrer fuhren diese Lehrkräfte fort, ihr angemaßtes Amt auszuüben.

Der Zustand wurde bald so arg, daß sogar die Interalliierte Kommission sich Ende Dezember veranlaßt sah, eine Verordnung zu erlassen, nach der alle nicht von der Regierung angestellten Lehrer in polnischer Sprache, zumal wenn sie aus Kongreßpolen stammen, nicht befugt sind, weiter ihres „Amtes" zu walten. Irgend ein Nachteil für den polnischen Sprachunterricht konnte aus dieser Verfügung nicht entstehen, weil die polnischen Lehrstunden in den rechtmäßigen Schulen erheblich vermehrt worden sind.

Trotzdem hat die Verordnung die Polen in Harnisch gebracht, und die „Gazeta Ludowa" richtet sogar an die Ententekommission die Anfrage, ob sie die Absicht habe, den Deutschen bei ihrer Germanisationsarbeit zu helfen und spricht von Vergewaltigung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung, obwohl sie genau weiß, daß der versprochene Sprachunterricht vollständig genügend erteilt wird und die von ihr so geschätzten wilden Schulen zum Schaden der ganzen Bevölkerung sowohl in kultureller wie in finanzieller Hinsicht gereichten.

Wenn der Ententekommission der Unfug der wilden Schulen bereits zu stark wurde, so möge sich die „Gazeta Ludowa" beruhigen; denn bisher hatte die Interalliierte Kommission noch niemals ohne ganz triftige Gründe etwas verfügt, was den Polen unangenehm werden könnte.

Aus Stadt und Land.

** **Die amerikanischen Milchkühe.** Die technischen und finanziellen Schwierigkeiten, die sich bisher einer glatten Lösung der Schenkungsangelegenheit der amerikanischen Milchkühe entgegenstellten, können nunmehr in der Hauptsache behoben werden. Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft war in der Lage, die erforderlichen Mittel für den Seetransport der Kühe zur Verfügung zu stellen und seine Ermächtigung zur Absendung folgenden Telegramms der „Auslandshilfe" an das amerikanische Hilfskomitee zu geben: Schiffsraum wird durch Umgecharteret. Der nächste Transport wird voraussichtlich durch die „Wet Arrow" ausgeführt werden.

** **Auf der Bühne geisteskrank geworden.** Im Breslauer Staatstheater ist der Schauspieler Hans Wahlberg während des Spiels auf offener Bühne wahnsinnig geworden. Er mußte in eine Heilanstalt gebracht werden, in der er noch in der gleichen Nacht starb.

** **Eine Räuberbande schlimmster Art,** die seit dem Zusammenbruch im Siegerland und Westerwald unter Androhung des Erschießens bei Landwirten ganze Ladungen Mehl, Getreide usw. erpreßte, wurde verhaftet. Die Hauptanführer waren ein Gastwirt und ein Techniker.

** **Verhafteter Juwelendieb.** Vor einiger Zeit wurden in Frankfurt a. M. durch einen raffinierten Trick einer Deutschrussin ein Kollier und ein Diamantring im Gesamtwerte von ungefähr 120 000 Mark gestohlen. Der Täter wurde jetzt in Ludwigshafen festgenommen. Es ist ein Agent namens Steinhilber aus Frankfurt a. M. Man fand bei ihm noch einen Diamant im Werte von 40 000 Mark.

** **Glück im Unglück.** Bei dem schweren Eisenbahnunglück auf dem Leipziger Hauptbahnhof hat der 23jährige Bäcker Frenzel, der seit vier Jahren taubstumm war, plötzlich die Sprache und das Gehör wiedergefunden. Er war im Jahre 1917 im Felde durch eine Minenexplosion verschüttet worden und hatte die Sprache und das Gehör verloren. Bei dem Eisenbahnunglück schlug er mit dem Kopf gegen die Abteilwand und wurde für kurze Zeit bewußtlos. Als er später im Krankenhause wieder erwachte, konnte er die Stimme der an seinem Bett stehenden Schwestern hören und ihnen auf ihre Fragen antworten. Seine Verletzungen bei dem Eisenbahnunglück sind nur so leichter Natur, daß er das Krankenhaus bald wieder verlassen konnte.

** **Eine verhängnisvolle Rodelfahrt.** Bei den in Ilmenau veranstalteten Bobsleighrennen um den Preis der Stadt Ilmenau ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der zwölfjährige Sohn des Lehrers Achler hatte die Rodelbahn betreten, um seinen Hund von der Bahn zu holen, als ein in voller Fahrt befindlicher Schlitten heransauste und ihn so schwer verletzte, daß er auf dem Transport zum Arzt starb. Von der aus fünf Personen bestehenden Bobmannschaft wurden zwei schwer und zwei leicht verletzt.

** **Der Doppelmord auf Schloß Kloppelsdorf.** Vor einigen Tagen wurde die 16jährige Besitzerin des Schlosses Kloppelsdorf bei Lähn im Riesengebirge, Dorothea Rohrbeck, in ihrem Zimmer erschossen aufgefunden. Neben ihr lag ihre zu Besuch auf dem Schlosse weilende Kousine Ursula Schade aus Berlin mit einer schweren Schußverletzung über dem Auge. Das zwölfjährige Mädchen hatte in seiner Tasche einen Brief an seine Großmutter in Berlin, in dem es schreibt, daß es seine Kousine Rohrbeck und sich selbst erschießen werde. Die Polizei stand diesem Briefe ungläubig gegenüber. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde jetzt der auf dem Schlosse weilende Onkel der Besitzerin, Peter Grupen aus Berlin, verhaftet. G. leugnet, mit der Tat in irgend einem Zusammenhang zu stehen. Die beiden jungen Mädchen lebten mit einer zahlreichen Dienerschaft allein auf dem Schlosse, da Dorothea Rohrbeck Waise und alleinige Besitzerin des Rittergutes Kloppelsdorf sowie zweier anderer großer Güter war.

** **Der Zustand der Kaiserin hoffnungslos.** Aus Haus Doorn geht dem „Berl. Lokal-Anzeiger" der neueste ärztliche Bericht über das Befinden der ehemaligen deutschen Kaiserin zu: Die Verkalkung der Herzkranzgefäße verursacht eine stetige Minderung der Leistungsfähigkeit des Herzens, als deren Folge starke Stauungen in Leber und Nieren bestehen. Anfälle von Herzschwäche erhöhen den Ernst des Zustandes. Eine Besserung darf bei dem unaufhaltbaren, wenn auch zeitweise langsameren Fortschreiten des Leidens nicht erwartet werden. gez. Dr. Haehner.

** **Studienfahrt amerikanischer Farmerssöhne.** Im Ruhrgebiet ist eine Anzahl amerikanischer Farmerssöhne zum Studium der dortigen Lebensverhältnisse eingetroffen. In Bochum besichtigten die amerikanischen Gäste unter Führung des Stadtrats Gilsing eine Schule, wo ihnen Gelegenheit gegeben war, die schweren Folgen des Hungerkrieges an einer großen Anzahl leidender und unterernährter Kinder kennen zu lernen. Bei der Begrüßung im Rathause waren außer Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung Vertreter der verschiedenen Arbeiterorganisationen und der Presse zugegen. Oberbürgermeister Graff bewillkommnete die amerikanischen Gäste aufs herzlichste und dankte ihnen für die hochherzige Spende, deren Ueberbringer sie sind. Stadtarzt Dr. Wendenburg zeigte an Hand statistischer Karten die verheerenden Wirkungen des Nahrungsmangels, besonders bei Kindern und Greisen. Der Sprecher der Amerikaner dankte für die Darlegungen und versicherte, daß er und seine Freunde die Bilder des Leidens, die ihnen bei dem Besuch der Schule entgegengetreten seien, niemals in ihrem Leben wieder vergessen würden.

** **Straßenbahnerstreik im Industrierevier angekündigt.** Die Lohnkommission der Straßenbahnangestellten im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat nunmehr den Beginn des allgemeinen Straßenbah-

Wählt Zentrum!

Wählt Zentrum!

Wählt Zentrum!

nerstreiks im Industriebezirk auf Donnerstag festgesetzt.

** **Blutiger Wahlkampf.** In Landsberg a. W. wurde der Hauptmann Benkwitz aus Berlin, der in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei gesprochen hatte, auf dem Heimwege von Kommunisten durch Messerstiche und Schläge über den Kopf schwer verletzt. Er wurde nach dem Krankenhause gebracht.

** **Ueberschwemmung des Oderbruches.** Infolge der andauernden Niederschläge in den letzten Wochen ist das Oderbruch zu einer großen Wasserfläche geworden. An einen Abfluß des Wassers ist nicht zu denken, da die Abflußgräben überfüllt sind. Viel Wintersaat ist schon jetzt als vernichtet anzusehen.

** **Die Breslauer Viehschiebungen.** Zu den Viehschiebungen bei der Schlesischen Provinzial-Fleischlandesstelle wird von zuständiger Seite noch mitgeteilt: Es handelt sich um Vorgänge, die sämtlich vor dem 1. Oktober 1920 liegen. Die Verfehlungen, so wie sie in den Mitteilungen des Landespolizeiamtes dargestellt sind, beschränken sich ausschließlich auf die Zucht- und Nutzviehabteilung der Provinzfleischstelle, deren Leiter Ferenz, dessen Stellvertreter Ostrowsky und mehrere Revisionsbeamte. Die betreffende Abteilung ist seit dem 1. Oktober aufgelöst und die ungetreuen Beamten sind entlassen worden.

Die Frage der Gütertarife.

Erhöhung um 65 v. H.

In der letzten Sitzung des Sachverständigenbeirats des Reichsverkehrsministeriums ist neben der Erhöhung der Personentarife auch die Frage der Gütertarife eingehend erörtert worden. Nach längerer Debatte wurde schließlich mit großer Stimmenmehrheit ein Antrag des Ausschusses der Verkehrsinteressenten auf Erhöhung der Gütertarife um 65 v. H. zur Durchführung empfohlen.

Staatssekretär Stieler leitete die Beratungen mit einer ausführlichen Darlegung der augenblicklichen Defizitwirtschaft ein. Die Hauptursache des Finanzelends der Eisenbahnverwaltung erblickt er in der Tatsache, daß die Eisenbahnverwaltung mit ihren Preisen noch nicht den stark gestiegenen Selbstkosten gefolgt sei. Der Defizitwirtschaft muß angesichts der allgemeinen deutschen Finanzlage ungesäumt ein Ende gemacht werden. Die Sparmaßnahmen, die die Eisenbahnverwaltung energisch in Angriff genommen hat, reichen allein dazu nicht aus. Eine allgemeine Erhöhung der Gütertarife ist daneben nicht zu umgehen.

Im Haushaltsentwurf für 1920 ist mit einem Fehlbetrag von 14,4 Milliarden Mark zu rechnen, der sich infolge der im Januar beschlossenen Erhöhung der Teuerungszulagen vermutlich auf 15,24 Milliarden erhöhen dürfte. Im Haushaltsentwurf für 1921 sind vor allem die Ausgaben energisch herabgesetzt worden, allein der Eisenbahnverwaltung ist hierbei durch die Verhältnisse eine ziemlich enge Grenze gezogen. Hinsichtlich der persönlichen Ausgaben rechnet man mit einer weiteren Verringerung des Personals, bei der Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes indes nichts außer acht gelassen werden darf.

Von einem Abbau der Löhne und Gehälter kann nach der Preislage des notwendigen Lebensbedarfs und der Lohnpolitik der Industrien nicht die Rede sein. Bei den sachlichen Ausgaben hat der Preisrückgang mancher Artikel eine Erleichterung gebracht. Alles in allem hofft die Eisenbahnverwaltung in absehbarer Zeit durch Sparmaßnahmen etwa fünf Milliarden erzielen zu können. Ungedeckt bleiben sonach von dem Jahresergebnis 1920 noch zehn Milliarden.

Der Haushaltsentwurf für 1921 sieht an Ausgaben 31,18 Milliarden vor. Die Einnahmen sind auf 16,8 Milliarden geschätzt, also besteht auch hier ein Fehlbetrag von rund 14 Milliarden.

Die ständige Tarifkommission hat auf Vorschlag der Eisenbahnverwaltung eine nach Tarifklassen abgestufte prozentuale Erhöhung von etwa 75 v. H. empfohlen. Danach würde der Güterverkehr eine Mehreinnahme von neun Milliarden Mark erwarten lassen.

In der sich an die Ausführungen des Staatssekretärs Stieler anschließenden Aussprache, an der Vertreter aller Wirtschaftskreise sich beteiligten, wurde die Notwendigkeit einer starken Tariferhöhung von allen Rednern anerkannt, von vielen Seiten jedoch gegen eine Erhöhung um 75 v. H. starke Bedenken zum Ausdruck gebracht.

Unter Ablehnung eines Antrages aus der Versammlung auf Erhöhung aller Tarifklassen um 100 v. H. und der von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Erhöhung um durchschnittlich 75 v. H. wurde, wie bereits oben erwähnt, der Antrag des Ausschusses der Verkehrsinteressenten auf Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 65 v. H. zur Durchführung empfohlen.

In Anbetracht der Ungewißheit der wirtschaftlichen Entwicklung hielt die Versammlung die Beschränkung dieser Maßnahme auf zunächst ein Jahr für ratsam.

Rückkehr deutscher Rußlandfahrer.

Die Segnungen des Bolschewismus.

Mit dem Dampfer „Bagdad" sind Ende Januar aus Rußland einige Hundert Deutsche zurückgekehrt, darunter auch sechs Personen, die im Sommer vorigen Jahres von der „Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland" durch falsche Schilderungen zur Auswanderung verlockt waren. Diese Interessengemeinschaft, an deren Spitze Alfons Goldschmidt steht, hat sich jüngst in „Proletarische Auswandererorganisation" umbenannt. Offenbar hofft die genannte Vereinigung durch diese Umbenennung sich gegen die Anklagen der in Rußland in furchtbares Elend und entsetzliche Not geratenen, von ihr zur Auswanderung verlockten Leute zu schützen und auf diese Weise sich um die Entschädigungsforderungen der Rückkehrer zu drücken.

Bekanntlich ist von den als Arbeiter durch die „Interessengemeinschaft" zur Auswanderung veranlaßten Personen bereits eine große Anzahl zurückgekehrt, während man von den als Siedler ausgewanderten Personen wenig hörte. Wie die jetzt mit der „Bagdad" zurückgekehrten Personen, die zur Siedlergruppe gehörten, erzählen, sind von den Siedlern in Sowjetrußland sechs Personen bereits an der Ruhr gestorben. Die Siedler, die, wie man ihnen in Deutschland versprochen hatte, im Gouvernemet Wjatka angesiedelt werden sollten, sind in Wirklichkeit in das Wolgagebiet, und zwar in das Gouvernement Saratow weitergeleitet worden. In der Nähe der Stadt Saratow wurden die Ansiedler auf einem völlig verwahrlosten Gute untergebracht. Für die Ankunft der Siedler war nichts vorbereitet. Die Frauen und Kinder wurden in einer leerstehenden Schule, die bisher als Seuchenlazarett gedient hatte, untergebracht, während die Männer, von ihnen getrennt, in zwei Scheunen Unterkunft fanden.

Die Verpflegung war durchaus unzureichend und bestand aus einem Pfund Brot (400 Gramm), 100 Gramm Kascha (Grütze) und 100 Gramm Fleisch pro Tag und Person. Hin und wieder gab es Milch. Da die Rationen bei der schweren Arbeit der Ansiedler, die bis 12 Stunden täglich arbeiteten, und auch am Sonntag nicht feierten, nicht ausreichte, sahen sich die Siedler gezwungen, auf den umliegenden russischen Dörfern und in den deutschen Kolonien (Klein-Basel und Friedenau) durch Tausch von aus Deutschland mitgebrachten Nägeln, Schlössern, Türbeschlägen usw. sich Nahrungsmittel zu verschaffen. Die Siedler waren auch durchaus unzureichend gekleidet, die Interessengemeinschaft und die russischen Behörden hatten in keiner Weise für warme Kleidung gesorgt. Infolgedessen mußten die Siedler allmählich ihr Handwerkszeug, ihre Uhren und sonstigen Habseligkeiten gegen warme Kleider und Filzstiefel eintauschen. Schon im Oktober wollten die meisten der Siedler wieder nach Deutschland zurück. Die schlechte Unterkunft, mangelhafte Ernährung, Krankheiten und das despotische Vorgehen der bolschewistischen Kommissare ließen die Siedler seelisch und körperlich zusammenbrechen.

Wie der Kommunismus in der Praxis gehandhabt wird, zeigt eine kleine Geschichte, die einer der zurückgekehrten Siedler erzählt: Mit unendlicher Mühe hatte er mit Hilfe eines Anverwandten einen Schweinestall umgebaut und einzelne Kammern in ihm hergerichtet, um ein einigermaßen erträgliches Obdach für sich zu haben. Nachdem er eine Kammer mit einem von ihm selbst hergestellten Ofen ausgetrocknet hatte und eingezogen war, wurde ihm vom bolschewistischen Gutsverwalter befohlen, sofort auszuziehen und sich ein anderes Zimmer zu suchen, da das Zimmer, das der Siedler für sich hergerichtet hatte, für den Gehilfen des Gutsverwalters bestimmt sei. Von dieser Art Kommunismus hatte der deutsche Siedler nun genug.

Im November begannen die Bittgesuche um die Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren. Die zurückgekehrten Siedler sind ausnahmslos der Ueberzeugung, daß das kommunistische System nicht zu verwirklichen ist. Die Hauptschuld für die trostlosen Zustände in Rußland liegt ihrer Ansicht nach bei den Kommissaren, die für ihre eigene Tasche arbeiten und äußerst verhaßt sind.

Wählt Zentrum!

Aufmarsch für London.

Zusammentritt der Sachverständigenkommission für die Reparationsvorschläge.

Der aus den Kreisen der Sachverständigen gewählte engere Ausschuß zur Vorbereitung der deutschen Reparationsvorschläge ist, wie aus Berlin gemeldet wird, unter dem Vorsitz von Direktor Krämer Donnerstag nachmittag zur Fortsetzung seiner Beratungen zusammengetreten. Am Freitag beginnen dann im Anschluß daran die Verhandlungen des weiteren Ausschusses. Diese werden auch die weiteren Tage in Anspruch nehmen.

Auf dem Wege nach London.

Der französische Ministerpräsident Briand, der sich am Sonntag nach London begibt, wird zwischen dem 21. Februar und dem 1. März für zwei Tage nach Paris zurückkehren. Inzwischen wird Loucheur nach London reisen und dann Finanzminister Doumer und Kriegsminister Barthou sich nach London begeben.

Die türkische Delegation wird am Sonnabend in London eintreffen, die Abordnung der Kemal-Regierung in Angora erst nach Eröffnung der Konferenz. An der Spitze der Angora-Delegation steht Bekir Sami Bei, der Außenminister Kemal Paschas. Von griechischer Seite trifft der Ministerpräsident Kalogeropulos ein, der nicht einen einzigen Venezelisten in seine Delegation aufgenommen hat.

Die erste Konferenz dürfte sich mit den griechisch-türkischen Verhältnissen beschäftigen und am 21. Februar im St. Jamespalast eröffnet werden, den der König zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hat. Bis jetzt ist noch kein Programm aufgestellt worden. Man nimmt an, daß der Oberste Rat vor der ersten Konferenz zuerst die schwebenden Fragen noch einmal unter sich besprechen wird. Es herrscht die Ansicht vor, daß Deutschland sobald als möglich seine Vorschläge bezüglich der Zahlungen machen werde, damit man diese noch vor dem Beginn der Konferenz prüfen kann.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66

In bester Stimmung über diese glückliche Wendung seiner Situation verließ Ulrich nach einigen Stunden das Amt. Es schneite stark, als er auf die Straße trat, er schlug seinen Pelzkragen auf und wollte die paar Schritt nach seinem Hotel zu Fuß zurücklegen.

Als er beim Palais des Grafen von Iseneck vorüberging, blieb er stehen.

Er wußte, daß er der Gräfin Juliane heut abend auf dem Ball begegnen würde, und sie würde mit Recht befremdet sein, wenn er nicht vorher zum mindesten den Versuch gemacht hätte, ihr Guten Tag zu sagen. Die Entschuldigung, daß er erst vor ein paar Stunden in Berlin eingetroffen sei, würde sie schwerlich als eine stichhaltige gelten lassen. Zur Erfüllung einer Pflicht der Artigkeit bedurfte es nur weniger Minuten. Er bog in den Vorhof ein. Er schuldete Gräfin Juliane seinen Besuch.

IV.

Juliane saß noch immer am breiten Fenster ihres großen Gemachs, das in dieser Nachmittagsstunde an dem schneeigen kargen Dezembertage schon dunkel war. Da trat die Kammerzofe Berta, die seit längerer Zeit in ihrem Dienst stand, in das Zimmer und überbrachte ihr zwei Karten, die sie soeben vom Kämmerdiener Johann, der das Gemach der Gräfin niemals betrat, erhalten hatte.

Als die Gräfin den Namen gelesen, veränderte sie sich merklich. Sie wurde sehr bleich und lächelte freudig.

„Ist der Fürst selbst da?"

„Zu Befehl, gnädige Gräfin."

„Ich lasse bitten."

Berta senkte den Kopf, ging und öffnete die Tür. Ulrich trat ein.

Als Berta auf dem Korridor die Tür hinter dem Fürsten geschlossen hatte, verzog sich ihr Gesicht zu einem häßlichen, schlauen Lächeln, und sie winkte den Kammerdiener Johann Hotte, der unweit von ihr stand, heran. Berta war mit Johann seit einiger Zeit verlobt: zu Ostern sollte die Hochzeit sein: die Herrschaften hatten sich schon nach einem Ersatz für sie umgetan.

„Paß heute gut auf", flüsterte sie ihm zu. „Ich habe dir vielleicht nachher etwas zu sagen. Ich weiß es noch nicht, aber es ist möglich! Würdest du für alle Fälle Wildicke heute noch benachrichtigen können?"

„Ja! Vom 18. bis 23. Dezember jeden Abend zwischen zehn und elf Gollnowstraße! hat er mir gesagt."

„Dann halte dich jedenfalls bereit! Vielleicht läßt es sich heute machen."

„Gut!"

Juliane hatte sich schnell erhoben und war dem Eintretenden in herzlicher Freude entgegengeeilt. Sie war ein wenig enttäuscht, als sich Fürst Ulrich mit vollkommenster Artigkeit verneigte, durchaus freundlich, aber eben nur freundlich, und ihr die Hand küßte.

„Ist das eine Ueberraschung!" rief Juliane. „Ich traue meinen Augen kaum! Seit wann sind Sie denn hier?"

„Seit heute früh."

„Und Sie sind gleich zu mir gekommen, „durch Sturm und Regen", wie es in dem schönen Liede heißt. Das ist lieb von Ihnen! Und Sie bleiben?"

„Mein Urlaub dauert nur ein paar Tage, aber es ist möglich, daß man mich noch länger hier behält."

„Das wäre ja reizend!" fiel die Gräfin ein.

„Zu ernster, anstrengender Arbeit", fügte Ulrich mit komischer Wichtigkeit hinzu.

„Die aber doch Erholungspausen gestattet."

„Weniger als Sie glauben dürften. Ja, meine Gnädige, Sie sehen einen sehr veränderten Mann vor sich: einen strebsamen, pflichtgetreuen, ernsten Arbeiter."

„Um aller Heiligen willen, erschrecken Sie mich nicht!" fiel Juliane ein. „Pflichttreue und Ernst — ich höre und sehe nichts anderes — es wäre entsetzlich, wenn auch Sie dieselbe Litanei anstimmen wollten! Bleiben Sie nur, wer Sie waren!"

„Der gute Rat kommt leider zu spät. Das Unheil ist schon geschehen!"

„Leider muß ich fürchten, daß Sie nicht scherzen. Ich hatte mir schon so etwas gedacht, aber ich wollte nicht daran glauben. Ich hatte es aus Ihren Briefen herausgelesen. Uebrigens wissen Sie doch, daß ich Ihnen sehr böse bin!"

„Das habe ich um so mehr zu beklagen, als ich Ihre Ungnade ohne Zweifel verdient habe."

„Gewiß, das haben Sie! Sie haben mich einfach in unverzeihlicher Weise vernachlässigt. Ihre ersten Briefe — ja, die waren lieb, wie sie sein sollten. Auf einmal eine unmotivierte Pause, die sich verlängert, verlängert, die mich ernsthaft beunruhigt . . . und dann nach Wochen eine banale, formelle, inhaltsleere wohlstilisierte Entschuldigung, die in Wahrheit nur eine Beschuldigung war. Und auf meine energische Bitte um Aufklärung wieder nachlanger Pause abermals einige nichtssagende Höflichkeiten mit demselben unausstehlichen Lächeln, das Sie jetzt haben, das ich früher an Ihnen nie bemerkt habe."

„Ja denn, ich bekenne mich schuldig, ohne alle mildernden Umstände!"

„Sie wissen nur zu gut, Sie abscheulicher Verbrecher, daß Sie auf die übertriebenste Nachsicht Ihres Richters rechnen können."

Sie hatte die Stimme gesenkt und sah ihn traurig zärtlich an. Es war beinahe ganz dunkel geworden. Ulrich wich ihrem Blick aus und, indem er bemüht war, seiner Stimme einen möglichst heiteren und hellen Klang zu geben, erwiderte er:

„Sie sind viel zu gütig! Sie beschämen mich wirklich. Ich verdiene Ihre Nachsicht gar nicht. Ich wiederhole Ihnen: ich bin schuldig, und Sie haben recht, wenn Sie mich verurteilen. Ich habe vorausgesetzt, daß Sie mir wegen der Spärlichkeit und Flachheit meiner Briefe Vorwürfe machen würden, und ich war fest entschlossen, nichts zu tun, um mein Verhalten zu beschönigen und Ihre Verurteilung abzuschwächen. Die Milde Ihrer Auffassung setzt mich wirklich in einige Verlegenheit . . ."

„So?" sagte die Gräfin gedehnt.

„Ja, ich bin verlegen, sehr ernsthaft verlegen! Ich stecke schon so tief in Ihrer Schuld, daß ich gar nicht daran denken kann, die Schuldenlast, die Ihre Güte auf mich gewälzt hat, abzutragen. Es ist ein drückendes Gefühl, sich insolvent erklären zu müssen. Daß Sie nun aber durch Ihre übergroße Nachsicht mein Schuldkonto noch größer machen wollen, das darf ich nicht zugeben. So gewissenlos darf ich nicht mehr wirtschaften, denn ich habe Ihnen ja schon gesagt, daß ich leidlich vernünftig geworden bin."

„Ich fürchte, ich verstehe Sie."

„Und ich hoffe es. Dann werden Sie die Strafe über mich verhängen, die mir gebührt — und nicht etwa eine Strafe, die sich im Spruche aus dem Munde einer edlen und schönen Frau leicht zu einer liebkosenden Belohnung wandelt, nein, eine ernsthafte Strafe! Vielleicht die schlimmste: die Gleichgültigkeit."

Juliane sah ihn mit blitzenden Augen an, ihre Mundwinkel zuckten. Ulrich erhob sich.

„Das werde ich mir noch zu überlegen haben", stieß sie leise hervor, während sie mit der Sohle ihres kleinen Fußes unruhig den Teppich klopfte. „Zunächst", fuhr sie mit größerer Beherrschung fort, während sie aufstand, „will ich Sie in weniger grausamer, aber für Sie vielleicht desto unbequemerer Weise strafen: ich erwarte Sie um halb sieben zum Diner. Das Weitere wird sich finden."

„Da haben wir's", rief Ulrich möglichst unbefangen. „Das wäre ja gerade eine jener Züchtigungen, wie sie die viel zu guten Frauen verfügen, die nicht schmerzen, sondern streicheln, und wie ich sie schon im allgemeinen verhorresziert habe."

(Fortsetzung folgt.)

Wählt Zentrum!

Wenn die Deutschen sich nicht fügen . . .

Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris", er habe sich mit bedeutenden Persönlichkeiten darüber unterhalten, was geschehen würde, wenn die Deutschen in London sich nicht fügen und die Londoner Konferenz ohne Ergebnis verlaufen würde. Eines stehe fest, daß Briand energisch auf der Durchführung der Pariser Beschlüsse beharre, die ein Minimum darstellen. Wenn die Deutschen die Unterhandlungen abbrächen, würde sofort ein Schiff zur Verfügung für Dr. Simons und seine Begleiter gestellt werden, um sie nach Deutschland zurückzubringen. Wenn die Deutschen auf ihrem kategorischen Nein, womit gegenwärtig ihre Minister und das Volk drohen, stehen bleiben, so sei vorauszusehen, daß die französischen Unterhändler unverzüglich nach Paris zurückkehren und das Parlament ohne Zögern vom Scheitern der Londoner Verhandlungen in Kenntnis setzen werden. Wenn England Besitz ergreifen würde von den Zöllen und von großen deutschen Häfen, und wenn Frankreich, um einmal anzufangen, die Hand auf zwei große Industriestädte legen würde, die den Kohlenhandel für Bayern und andere deutsche Städte beherrschen, so würde die deutsche Reichsregierung überlegen und ohne Zweifel verlangen, nach London zurückzukehren und sich in weitem Maße den Abmachungen von Paris unterzuordnen.

Liste für den preußischen Landtag.

Zentrumspartei.

Wahltag: Sonntag, den 20. Februar.
17. Wahlbezirk: Westfalen-Nord.

1. Landesökonomierat Herold, Lövelinkloe.
2. Gewerkschaftssekretär Stieler, Gladbeck.
3. Fräulein Lehrerin Giese, Bottrop.
4. Staatssekretär Domkapitular Professor Wildermann, Münster.
5. Bauunternehmer Köthenbürger, Paderborn.
6. Gutspächter v. Papen, Haus Merfeld bei Dülmen.
7. Arbeitersekretär Brust, Hannover.
8. Rektor Kamp, Bochum.
9. Präsident Schmedding, Münster.
10. Genossenschaftssekretär Metzinger, Recklinghausen.
11. Fabrikant Kaiser, Bielefeld.
12. Landwirt Roeingh, Beverungen.
13. Landarbeitersekretär Fromme, Lippstadt.
14. Steiger Droste, Buer.
15. Kaufman Dirichsweiler.
16. Kaufmann Dieckhoff, Ibbenbüren.
17. Fräulein Lehrerin Kellinghausen, Gütersloh.

Die für diese Liste abgegebenen etwa überzähligen Stimmen gehen nicht verloren, sondern werden auf den Landeswahlvorschlag angerechnet.

Landeswahlvorschlag:

1. Dr. Porsch, Geheimer Justizrat, Breslau, 2. Wrotka, Oberlehrerin, Allenstein, 3. Dr. Hager, Generaldirektor, Regierungsrat a. D., Berlin-Schöneberg, 4. Linz, Staatssekretär, Wiesbaden, 5. Maiß, Amtsgerichtsrat, Reichenbach i. Schl., 6. Dr. Deutsch, Ministerialrat, Berlin, 7. Sauer, Verbandssekretär, Berlin, 8. Dr. Sonnenschein, Leiter des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, Berlin.

Provinziallandtagsliste.

1. Dr. Josef Gotthardt, Kaplan, Pömbsen bei Nieheim.
2. Theodor Röingh, Gutsbesitzer, Beverungen (Weser).
3. Josef Stock, Bürgermeister und Amtman, Bad Driburg.
4. Heinrich Schlüter jun., Schuhmachermeister, Godelheim.
5. Karl Deppe, Fabrikarbeiter, Höxter.
6. Karl Müller, Kaufmann, Nieheim.

Kreistagsliste des Zentrums.

1. Dr. Josef Berendes, Sanitätsrat, Marienmünster.
2. Josef Stock, Bürgermeister und Amtmann, Bad Driburg.
3. Karl Deppe, Arbeiter, Höxter.
4. Heinrich Schlüter jun., Schuhmachermeister, Godelheim.
5. Josef Kiene, Kreissparkassendirektor, Brakel.
6. Anton Blasum, Domänenpächter, Brenkhausen.
7. Franz Meyer, Maurerpolier, Erkeln.
8. Ferdinand Parensen, Landwirt, Nieheim.
9. Hermann Krekeler, Bäckermeister Lüchtringen.
10. Hubert Suermann, Rittergutspächter, Amelungen.
11. Dr. Ferdinand, Schwerter, prakt. Arzt, Höxter.
12. Laurenz Meyer, Kaufmann, Brakel.
13. Theodor Röingh, Gutsbesitzer, Beverungen.
14. **Franz Finkeldey**, Tischlermeister, Steinheim.
15. Ferdinand Hölscher, Fabrikarbeiter und Sparkassenrendant, Sandebeck.
16. Ignatz Stumpe, Schneidermeister, Lügde.
17. Johannes Meyer, Hauptlehrer, Ottbergen.
18. Wilhelm Köhne, Landwirt Eversen-
19. Dr. Josef Gotthardt, Kaplan, Pömbsen.
20. Josef Tegetmeier, Landwirt, Riesel.
21. Herrmann Fröhling, Schuhmachermeister und Landwirt, Pömbsen.
22. Anton Mönikes, Gutsbesitzer, Bergheim.
23. Karl Kümmel, Tischlermeister u. Gemeindevorsteher Herstelle
24. Adam Thöne Landwirt, Herste.

Berufliche Gliederung der Zentrumskandidaten des preußischen Landtages.

Als wahre Volkspartei hat das Zentrum von je her das größte Gewicht darauf gelegt, in seinen Fraktionen Berater aus allen Berufen zur Hand zu haben. Daß dieser Voraussetzung auch die voraussichtlich aus den bevorstehenden Landtagswahlen hervorgehende Fraktion entsprechen wird, erhellt aus den folgenden Angaben. An aussichtsreicher Stelle kandidieren:

18 Vertreter der Arbeiterschaft,
14 Vertreter der Landwirtschaft,
8 Vertreter des Handwerks,
7 Lehrer, 7 Juristen, 6 Geistliche,
4 untere bezw. mittlere Beamte, 4 höhere Beamte,
4 Minister bezw. Staatssekretäre,
2 Gymnasial-Oberlehrer,
2 Universitäts-Professoren,
2 Vertreter der Industrie,
2 Vertreter des Handels,
2 kaufmännische Angestellte,
2 Aerzte, 1 Landrat, 8 Frauen.

Von den Frauen sind 2 Hausfrauen, 2 Lehrerinnen, 2 Oberlehrerinnen, 1 Schuldirektorin, 1 Jugendpflegerin.

Mandate des Kreistages.

Auch für den Kreistag ist die berufliche Verteilung der Mandate eine sehr gerechte.

An sicherer Stelle stehen:
6 Landwirte an 1., 6., 8., 10., 13., 18. (20., 22., 24.)
3 Beamte an 2., 5., 17.
4 Arbeiter an 3., 7., 9., 15.
4 Gewerbetreibende an 4., 12., 14., 16. (21., 23.)
1 Freier Beruf an 11. (19.) Stelle.

Aus allen Berufen und allen Gegenden hat die Zentrums-Leitung unsere Kandidaten aufgestellt. Darum Mitglieder und Freunde des Zentrums, tretet allesamt geschlossen an zum Schutze des Zentrumsturmes. Wählt nur obige Listen. Laßt Euch nicht von rechts und links abtrünnig machen. Haltet Disziplin! Treue um Treue! Nur Zentrum!! Zentrum!!

Für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Die Ortsleitung.

* * *

Die Wichtigkeit der Provinziallandtagswahlen.

Der Landtag der Provinz Westfalen hat zu verhandeln über die Geldmittel der Provinz, Straßenbahn, Kleinbahnwesen, Denkmalspflege usw. Auch hat er die Verwaltung von sieben Heil- und Pflegeanstalten mit ca. 6000 Männern u. Frauen, Skt. Johannesstift Marsberg mit 625 Knaben und Mädchen, Arbeitshaus Benninghausen mit 535 Männern und Frauen, 4 Taubstummenanstalten mit 56 Klassen, 2 Blindenanstalten mit 8 Klassen, Landarmen- und Krankenhaus Geseke mit 256 Pfleglingen. Am 5. Mai 1920 forderte die sozialdemokratische Fraktion im Provinziallandtag die Verweltlichung der Provinzialheilanstalten. Die Barmherzigen Schwestern sollen also aus diesen Anstalten heraus. Die Zentrumsabgeordneten Lensing und Isenrath bekämpften diese Forderung auf das Entschiedenste. Ist das Zentrum im westfälischen Provinziallandtag nicht mehr stark genug, so wird die Erdrosselung der christlichen Liebestätigkeit von links her kommen. Also auch in den zweiten Wahlumschlag: 1 Zentrumszettel!

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

_ **Steinheim**, 19. Februar.

*— Am Mittwoch Abend war Zentrumsschau auf dem Hillebrandt'schen Saale. Der Raum war überfüllt; es mochten an fünfhundert Personen sein. Mit größtem Interesse unter peinlichster Ruhe folgte die Versammlung den Ausführungen des Landtagskandidaten v. Papen. Mit seltener Redegabung sprach der Herr in der Hauptsache über die äußere Lage, vor allem über die Psyche des amerikanischen Volkes, unter dem er als deutscher Militärattachee lange für die deutschen Interessen gewirkt. Im denkenden Zuhörer stieg der Wunsch auf, daß dieser Mann mit seiner guten Erfahrung und besten Befähigung als Gesandter oder Legationsrat mit berufen würde, zwischen Deutschland und Amerika zu vermitteln. Nur von Amerika können wir etwas Hülfe erhoffen. Immer wieder müssen wir in London bestehen, auf unserem heiligen Recht zu leben, immer wieder verlangen, nach christlichen Grundsätzen behandelt zu werden. Dazu ist aber nötig, daß wir selbst alle christlich denken und handeln. Dazu brauchen wir eine nationale Einheitsfront aller, die guten Willen und Liebe zum Vaterlande haben. Weder mit dem von Rußland her durchseuchten radikalen Sozialismus, noch mit den von früher her im Auslande in Verruf stehenden deutschen Rechtsparteien, sondern nur mit gesunden Mittelparteien, wie das Zentrum, läßt sich noch einiges retten. Gegen äußerst rechts und links hat das Ausland kein Vertrauen. Immer wieder betonte Redner, daß wir in großer deutscher Einheitsfront hinter die Regierung treten müßten. — Da auf diesem Gebiete keiner dem Redner gewachsen, suchten die Sozialisten die Debatte auf das innere Zentrumsprogramm überzuführen. Treffende Worte über das Kulturprogramm des Zentrums, über das Recht der Eltern auch in religiöser Hinsicht, über die Wichtigkeit der konfessionellen Schule und deren Feinde sprachen Herr Rektor Rose und der Zentrumsvorsitzende Herr Böger. Ersterer bewies zudem an einer ganzen Reihe von Zahlen die Katholikenfeindlichkeit der deutschnationalen Volkspartei. Die zentrumsfeindlichen Diskussionsredner, die Herren Broß und Stratomeyer sprachen gegen die religiöse Kindererziehung in der Schule. Sie haben dem Zentrum einen großen Gefallen getan, indem sie auch den dümmsten früheren Nachläufer der Sozialdemokratie aus christlichen Kreisen die Augen öffneten. Auch durch häßliche Zwischenrufe der Roten gegen den Militarismus, den es jetzt ja nur noch im Auslande gibt, gegen die Landwirtschaft und Geistlichkeit zeigten einige Roten ihren Klassen- u. Religionshaß.

*— **Ein deutschnationaler Wahlschwindel.** Auch in hiesiger Gegend wird eine Flugschrift der Deutschnationalen Volkspartei verbreitet, bei der als Absender das **Bischöfliche Generalvikariat Paderborn!** verzeichnet ist. Selbstverständlich handelt es sich um Fälschung gemeinster Art, die aber bezeichnend ist für die Art der Werbung dieser Partei und ihr wahrlich nicht zur Ehre und Empfehlung dient. Wie diese Partei in Wirklichkeit zur kath. Kirche steht — trotz ihres berühmten Katholikenausschusses, der nur als Reklame dient — das ist in der letzten Zentrumsversammlung, wie auch in der Zentrumspresse der letzten Tage klar dargelegt. Im Parlament und in der Presse scheint sie die Rolle der früheren „Kulturkämpfer" übernehmen zu wollen. Auf diesen plumpen Wahlschwindel können nur die Dümmsten reinfallen.

* * *

(Eingesandt.)

Ohne preßgesetzliche Verantwortung der Schriftleitung.

Mit Recht ist die Aufstellung eines neuen Kriegerdenkmals bei den Seucheulinden beanstandet. Diese altehrwürdigen Bäume, dieses altehrwürdige Kreuz dürfen durch moderne Sachen nicht verunziert werden. Auch sind katholische Kreise der Ansicht, daß man einen Ort, zu dem jährlich die Markusprozession geht,

Wählt Zentrum!

nicht Hals über Kopf verändern soll. Ueber ein anderes herrscht noch viel mehr Erregung; die Katholiken, die über dreiviertel der Bevölkerung Steinheims ausmachen, haben sich bislang nie über die Imparität beklagt, die darin liegt, daß uns stets, besonders in den höheren Stellen, protestantische Beamte zugeschickt wurden. Bringt uns eine zu dreiviertel evangelische Stadt mit katholischen Bahn-, Post-, Wacht-, Forst- und Bürgermeister. Also viel lassen wir uns gefallen. Bis zum äußersten wünschen wir in Friede und Eintracht mit unseren evangelischen und israelitischen Mitbürgern zu leben. Nicht die kleinste Taktlosigkeit kann man uns nachweisen. Aber alles hat seine Grenzen. Wenn wir da hören müssen, daß man an unserem alten Friedhof herummißt, um darauf eine Postgebäude zu setzen, so ist es erklärlich, daß Männer, deren Frauen noch darauf liegen, in eine gerechte Empörung geraten, daß Katholiken diesen doppelt geweihten Gottesacker nicht ohne weiteres für profane Bauten hergeben. Liegen nicht genug unbebaute Brandstellen in der Stadt! Sind die 14 Morgen und das Hollenthal nicht groß genug, so haben wir doch noch tausende von Morgen unbebauten Landes. Würdet Ihr den Juden zumuten, daß sie ihren Friedhof zum Bau von Wohnhäusern für Ottomeyer'sche Arbeiter hergäben! — Werdet Ihr Euch bezw. der Seuchenlinden und des alten Friedhofes mit unserer katholischen Pfarrer ins Einvernehmen setzen? Wenn nicht, müssen wir ihn nächstens auf's Rathaus wählen!

Mehrere katholische Bürger Steinheims.

Unser Steinheim in Gefahr.

Bürger und Bürgerinnen, die Ihr Eure Vaterstadt und Euren Wohnort liebt, bedenkt morgen eins:

Der Kreistag hat viele wichtige Dinge mit den 7 Kreisstädten und den 3 Aemtern zu verhandeln. Alle Städte haben an sicheren Stellen Kandidaten stehen, die ihre Lokalinteressen beim Kreistag vertreten können.

An 2. Stelle der Zentrumsliste der Bürgermeister von Driburg an 8. Stadtverordneter Parensen-Nieheim, an 12. Stadtverordneter Meyer-Brakel, an 13. Stadtverordneter Röingh-Beverungen, an 14. Stadtverordneter Fr. Finkeldey-Steinheim, an 16. Stadtverordneter Stumpe-Lügde. — Der Bürgermeister von Höxter hat als Spitzenkandidat der deutschen Volkspartei eine aussichtsreiche Stelle. Bei den vielen Parteien und den Gruppen, die werben, ist es noch zweifelhaft, daß unser Herr Finkeldey durchkommt und damit die Vermittelung zwischen Stadt und Kreis übernehmen kann, wenn Steinheim nicht geschlossen antritt. Steinheimer Katholiken, Protestanten, Israeliten Arbeiter, Beamte, Gewerbetreibende und Landwirte, wenn Ihr auch teilweise glaubt, aus großen politischen Gründen für Preußen anders wählen zu müssen, das Hemd sitzt uns näher als der Rock, wenn Ihr Eure eigenen Interessen in kraftvollen Hände wissen wollt, so steckt zum Wohle unserer Stadt in den zweiten Umschlag nur den Zentrumszettel.

Lichtspiele
im Hotel zur Krone

Sonntag, den 20. Februar
Abends um 8 Uhr:

HIOB

Religiöser Film aus dem alten Testament.

Todes-Anzeige!

Gestern morgen gegen 10 Uhr nahm der der liebe Gott unser innigstgeliebtes Söhnchen

Karl-Heinz

im zarten Alter von 9 Wochen wieder zu sich in den Himmel.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Heinrich Ludolph u. Frau
Klara, geb. Bossmann.

Steinheim, den 19. Februar 1921.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Gartenstrasse 342, aus statt.

Bekanntmachung!

Als Gebühren für die Anfertigung und das Schließen der Gräber sind folgende Gebühren an den Totengräber zu zahlen:

a) für das Grab eines Kindes bis 14 Jahren 15.— Mk.
b) für das Grab einer erwachsenen Person 25.— Mk.
c) für das sogn. ausgemauerte Grab eines Kindes 20.— Mk.
d) für das sogent. ausgemauerte Grab einer erwachsenen Person 35.— Mk.

Steinheim, den 15. Februar 1921.

Der Magistrat.
J. V.: Reineke.

Bildhauer Stratomeyer hat auf der letzten Zentrumsversammlung gegen uns Landwirte einen unwahren Zwischenruf gemacht. Derartige Lügen und Verleumdungen weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Stratomeyer hat am allerwenigsten Grund, auf die Landwirtschaft zu schimpfen. Er hat so gut wie viele andere Mitbürger von uns nur Wohltaten erhalten. So hat er noch vorigen Herbst 10 Zentner Kartoffeln von unseren 200 Zentnern für Minderbemittelte bekommen, obwohl er, wie man hört, ein gutes Einkommen hat. Die von diesem Manne in der Wahlwut gesprochene Lüge wird hoffentlich von den Mitbürgern wenig ernst genommen, daß sich schärferes Vorgehen vorläufig erspart. Wir bitten unsere Mitglieder den von Klassenhaß getragenen Ausdruck nicht andern, daran Unschuldigen entgelten zu lassen.

Landwirtschaftl. Lokalverein Steinheim.

Zwecks Gründung einer Ortsgruppe der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

am Sonnabend, den 19. Februar cr.,
Abends um 8 Uhr
im Lokale des Gastwirts Hillebrandt werden alle bereits eingetragenen Mitglieder und alle auf dem Boden der S. P. D. stehenden Männer und Frauen Steinheims freundl. eingeladen.

Der Einberufer.

Brieftauben-Verein „Frohe Botschaft".

Am Sonntag, den 20. Februar 1920
nachmittags um 4 Uhr
im Vereinslokal (Bernhard Breker)

Außerordentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl in der Reisevereinigung für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Ovenhausen.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Einziehen der Monatsbeiträge.
4. Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Wir empfehlen billigst:

Ia Mais, Ia Mastfutterschrot,
Trockenschnitzel,
Neue Jute-Säcke (75 Kilogr. fassend)
Rotklee-Samen in verschiedenen Qualitäten und Preislagen.
Gelbklee, Weißklee, Schwedenklee,
Provencer Luzerne,
Sämtliche Grassaaten, Eckendrf. Runkel-Samen, Original und Nachbau, in rot und gelb.
Saathafer u. Saatgerste in anerkannten Absaaten nur gegen ordnungsmäßige Saatkarte.

Bestellungen auf Pflanz-Kartoffeln
nehmen wir schon jetzt entgegen.

Ferner empfehlen wir an **Düngemittel:**

Kalkstickstoff, Schwefelsaures Ammoniak, Ammonsulfat-Salpeter, Ammoniak-Superphosphat 5 mal 10, Rhenania-Phosphat, Kali 20/22 und 40/42 prozentig und Kainit.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Steinheim.

- - Reparaturen - -

lassen die Herren Landwirte und Dreschmaschinenbesitzer zweckmäßig jetzt ausführen, damit ihre Maschinen rechtzeitig gebrauchsfertig sind.

Zur Ausführung von Reparaturarbeiten an

Lokomobilen, Dreschmaschinen und landwirtsch. Maschinen aller Art

sowie zur Lieferung von Ersatzteilen halte ich mich bestens empfohlen.

F. Ottomeyer
Maschinenfabrik
Steinheim (Westf.)

Die Wahlvorschläge für die Wahlen

am 20. Februar 1921
der

Deutschen Volkspartei

heißen:

Zum Preußischen Landtag.

Dr. Bölitz, Gymnasialdirektor, Soest,
Kaufmann Engberding, Münster i. Westf.,
Dr. Grundmann, Handwerker-Syndikus, Dortmund,
Pastor Meyer, Herford,
Bergrat Seibel, Dortmund,
Fräulein v. Kulescha, Berlin,
Bergmann Hellweg, Dortmund,
Landwirt Höll, Iserlohn, usw.

Zum Provinzial-Landtag.

Maurermeister Westheermann, Gütersloh,
Oberbürgermeister Dr. Stapenhorst, Bielefeld,
Seminardirektor Professor Wentz, Gütersloh,
Oberbürgermeister Dr. Becker, Minden i. Westf.,
Kaufmann Otto Schäfer, Höxter,
Brauereibesitzer Linneweh, Schweicheln bei Herford,
Frau Amtmann Landgraf, Bethel bei Bielefeld,
Landwirt Hestermann, Petershagen,
Arbeiter Hönerhoff, Schweicheln, usw.

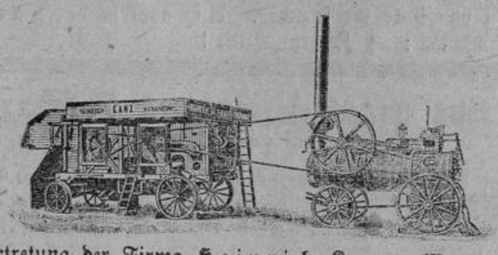
Zum Kreistag.

Bürgermeister Dr. Haarmann, Höxter,
Landwirt Eduard Mühlenbein, Amelunxen,
Tischlermeister Heinrich Hausmann, Steinheim,
Studienrat Chr. Bank, Höxter,
Eisenbahnarbeiter August Glänzer, Bruchhausen,
Kaufmann August Henniges, Bruchhausen.

Wählt: Deutsche Volkspartei!

F. Ottomeyer, Maschinenfabrik

Gegründet 1862. **Steinheim.** Gegründet 1862.



Vertretung der Firma Heinrich Lanz, Mannheim!

Ständiges Lager

in neuen und gebrauchten Lokomobilen, Dreschmaschinen, Motordreschmaschinen und Strohpressen.

Landwirtschaftliche Maschinen
aller Art:
Mähmaschinen, Drillmaschinen, Düngerstreuer, Göpel, Häckselmaschinen, Kartoffelerntemaschinen.
Reparaturwerkstatt für Dreschmaschinen, Lokomobilen 2c.
— Reichhaltiges Reserveteillager —

Persil

wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel,
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.



Niederlage bei:
C. Schrader jun.
Steinheim i. Westf.
Für Wirte und Wiederverkäufer Lieferung zu Fabrikpreisen.
Verlangen Sie bitte Offerte

Deutsche Volkspartei!

Stimmzettel sind auf meinem Büro haben; jeder Wähler hat 2 derselb abzugeben, in jedem amtlichen Couve einen. Justizrat Scheibner

---

Turnverein Wöbbel.

Zu dem am Sonntag, den 20. Februar im Saale des Herrn Meier stattfindende

Turnerfeste mit Ball

ladet freundlichst ein: **Der Vorstan**

- - Oberhemde - -

Prima Ware und Verarbeitung, nur hübsche moderne Mu
Jede Weite am Lager. Sehr große Auswahl.

- - Strickbinder - -

Riesige Auswahl.

C. Schrader jr., Steinhei

Samen Vertrauenssache

Nur frische, volkkeimfähige Ware



Gemüse-Sämereien in bester Qualität
Ia Runkelsamen-Elite
verbesserte Eckendorfer, das Beste, was es darin gibt, sowie Bohnen und Erbsen von nur zuverlässigen Züchtern bezogen empfiehlt:
Gärtnerei Franz Hörning.

∴ Ausflüsse, Blutflüsse ∴

Beinleiden, Beingeschwüre, Drüsige Anschwellungen, Verhärtungen, Nasen-, Ohren-, oder Kopfgeschwüre, Haut- und Harnleiden, Leber- und Gallensteinleiden, Lungenl., Verdauungsbeschwerden, Hämorrhoiden, Ischias, Rheumakranke habe ich viele geheilt ohne Operation, meistens durch natürliche oder homöopath.
— — — Anwendungsformen — — —

Frau Niemeier, Homöophatin.
Bin jeden Montag wieder in Steinheim von 9 bis 3 Uh im Gasthof J. Wiethaup zu sprechen.

Zum 1. April ds. Js. suche ich ein **tüchtiges**

Mädchen

für leichte Hausarbeit, eventuell auch für halbe Tage.
Frau Sparkassenrendant Finkeldey

Steh- und Umlege-Kragen

Größe Nr. 35 und 36, abzugeben. Näheres in d. Geschäftsst.

Heute frisch eingetroffen:

Apfelsinen, Zitronen, Zwiebeln, Essiggurken, Pflaumen.
F. Hillebrandt, Steinheim.

** **Festnahme eines internationalen Hochstaplers.** Bei einer mit einem Pariser Kriminalinspektor und einem Berliner Kriminalbeamten unternommenen Razzia der Hamburger Kriminalpolizei im Hotel Atlantic wurde der armenische Millionenbetrüger de Parnas festgenommen, der in Paris über eine Million Frank gestohlen und dann in Berlin einen Emigrantenschwindel größten Stils betrieben hat. de Parnas hatte Schmucksachen im Werte von mehr als zwei Millionen Franken bei sich, auf seine Ergreifung waren 100 000 Mark ausgesetzt.

** **Amerikanische Mehlspende für Deutschland.** Wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, hat der Kölner Erzbischof vom Erzbischof in Chicago ein Telegramm erhalten, wonach sich der letztere erbietet, für die notleidenden Deutschen 30 Millionen Pfund Mehl unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, unter der Bedingung, daß von deutscher Seite der für den Transport des Mehles aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland erforderliche Schiffsraum zur Verfügung gestellt wird. Nach vorheriger Verständigung mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister ist von Seiten des Erzbischofs von Köln dem Erzbischof von Chicago eine zustimmende Erklärung übermittelt worden.

** **Ein polnischer Werber verhaftet.** Wie das „Allensteiner Volksblatt" meldet, ist in Allenstein der polnische Agitator Jan Baczewski, zurzeit Leiter des Sekretariats des Polenbundes für Ermland, wegen dringenden Verdachts der Beihilfe zur Anwerbung deutscher Untertanen für die polnische Armee verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

** **„Reigen"skandal in Wien.** Die Kammerspiele in Wien wurden Mittwoch abend während der Vorstellung des „Reigen" von jugendlichen Demonstranten gestört. Unter schrillem Pfeifen und Hetzrufen drangen etwa 500 Personen in das Theater ein, warfen sich im Parkett und in den Logen auf die Zuschauer, indem sie Stinkbomben schleuderten, und verletzten einige der Besucher ganz erheblich. Die Demonstranten warfen von den Logen aus Stühle auf die Bühne und verhinderten so den Fortgang der Vorstellung, welcher der Dichter selbst beigewohnt hatte. Die Feuerwehr suchte die Demonstranten dadurch zu verdrängen, daß sie Wasser in den Zuschauerraum spritzte.

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — Amtliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 20. Steinheim, Sonnabend, den 19. Februar 1921. 26. Jahrgang.

Ein wertvolles Geständnis.

Lloyd George über die Pariser Schadensrechnung.

Das englische Parlament ist am Dienstag mit einer Thronrede eröffnet worden, die auf die bevorstehende Konferenz in London Bezug nimmt und der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß auf diese Weise neue Fortschritte in der Ausführung des Friedensverträge und in der Wiederherstellung der Eintracht in Europa und im Orient erzielt werden.

In der Adreßdebatte zur Thronrede ergriff Lloyd George das Wort und kam dabei auch auf die in Paris getroffenen Entscheidungen zu sprechen. Er machte u. a. das interessante Geständnis, daß die Pariser Konferenz ein Einvernehmen getroffen habe über eine feste Summe, die man von Deutschland fordern müsse, „ohne daß sie die Zeit damit verloren hätte, daß jeder Staat eine genaue Liste der erlittenen Schäden hätte anfertigen müssen". Man habe sich nicht damit aufgehalten, alle Einzelheiten zu prüfen und zu erörtern.

Die Vorschläge und die Entscheidungen, welche die Pariser Konferenz traf, unterschieden sich von denen, welche früher getroffen wurden, namentlich bezüglich der Jahreszahlungen, die je nach dem wachsenden Wohlstand Deutschlands verschieden sein werden. Und diesen Wohlstand Deutschlands werde man an der deutschen Ausfuhr erkennen können. Es liege sowohl im Interesse der Alliierten wie Deutschlands, daß die Gesamtsumme der Entschädigungen festgestellt wurde. Die Beschuldigung, daß die getroffenen Entschließungen bezüglich der deutschen Entschädigungssumme im Widerspruch mit dem Versailler Vertrag ständen, lehnt Lloyd George entschieden ab.

*

Die vorstehenden Ausführungen Lloyd Georges sind der beste Beweis dafür, mit welcher Oberflächlichkeit die Alliierten die Schadensrechnung aufgestellt haben. Man hat es in Paris nicht für nötig gehalten, die Schäden der einzelnen Länder zu prüfen, und die Schadensansprüche ziffernmäßig festzuhalten, sondern setzte in überhasteten Beratungen mit beispielloser Leichtfertigkeit eine Milliardenrechnung auf, die in gar keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Schäden steht und auch keinerlei Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Schuldners nimmt.

Bei den bevorstehenden Beratungen in London werden unsere Vertreter gerade diese Unterlassung zur Grundlage der deutschen Einwände und Gegenvorschläge machen müssen. Bei einer solch unglaublichen Milliardenrechnung ist es das gute Recht des Schuldners, von dem Gläubiger eine genaue Aufstellung seiner Schuldverpflichtungen zu verlangen. Eine genaue Prüfung der ungeheuerlichen Ententeforderungen ist um so mehr erforderlich, als die Ansprüche der Alliierten, selbst nach dem Urteil englischer Sachverständigen, die tatsächlichen Schäden weit übertreffen.

Daß Lloyd George einen Widerspruch zwischen den Pariser Beschlüssen und dem Friedensvertrag nicht zugeben will, ist begreiflich, denn er hat ja die Pariser Beschlüsse selbst ausgearbeitet und genehmigt. Das hindert Deutschland jedoch nicht, nach wie vor auf seinem Rechtsstandpunkt zu beharren und das Entschädigungsprogramm der Entente wegen seiner Vertragswidrigkeit entschlossen abzulehnen.

*

Abermals nein.

Bei seinem Besuch in Karlsruhe wiederholte Reichsminister des Aeußern Dr. Simons seine Erklärung in Stuttgart, daß er an dem in seiner Reichstagsrede entwickelten Standpunkte festhalte. Man müsse uns die Hoffnung lassen, uns wieder emporarbeiten zu können. Kein deutscher Staatsmann könne es wagen, dem deutschen Volke 42 Jahre Frondienste unter den von der Entente gestellten Bedingungen zuzumuten. Man müsse es deshalb ablehnen, einen derartigen Vertrag zu unterzeichnen. Die Lage Deutschlands müsse sich in den nächsten Wochen klären. Bei dieser Klärung spielten zwei Faktoren eine wichtige Rolle: einmal, ob Deutschland das in wirtschaftlicher Hinsicht ungeheuer wichtige oberschlesische Gebiet behalte, und ferner, wie sich die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestalten würden. Im übrigen beständen auch über die Auslegung der gegnerischen Vorschläge noch bedeutende Unklarheiten.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. Februar 1921.

— Das Reichsfinanzministerium wird beim Reichsrat die Neuprägung von 50-Pfennig-Stücken im Betrage von 50 Millionen Mark beantragen, damit endlich die vielen umlaufenden Geldscheine im Lande von 50 Pfg. verdrängt werden.

:: **Ein nationaler Trauertag für die Opfer des Krieges** soll auf Vorschlag der Regierungsparteien des Reichstages eingeführt werden. Die Reichsregierung hat mit den beteiligten Kreisen, besonders den kirchlichen Stellen, Fühlung genommen und nunmehr dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem Sonntag, der 6. März 1921, zum allgemeinen Trauertag erklärt wird. Dieser Vorschlag will dem in weiten Kreisen des deutschen Volkes empfundenen Bedürfnis Rechnung tragen, einen Tag dem gemeinsamen Ausdruck des Gefühls der Trauer über alle Opfer zu widmen, die der Krieg dem Staat und dem einzelnen auferlegt hat. Der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage der dauernden Einführung eines nationalen Trauertages weiteren Erwägungen vor.

Umstellung der Getreidewirtschaft.

Teilweise Freigabe der Getreideernte?

Der Abbau der Zwangswirtschaft ist auf den meisten Gebieten durchgeführt, nur Brotgetreide, Milch und Butter sind der öffentlichen Zwangsbewirtschaftung noch nicht entzogen, aber auch in der Getreidewirtschaft will man jetzt zu einem System kommen, welches den Bedürfnissen der Landwirtschaft mehr Rechnung trägt. Die Zwangsbewirtschaftung soll zwar grundsätzlich beibehalten werden, doch will man sie in der Form mildern und erträglicher gestalten. Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates ist bereits ein Gesetzentwurf über die Umstellung der Getreidebewirtschaftung ausgearbeitet worden. Die Vorlage wird zunächst das Plenum des Reichswirtschaftsrates beschäftigen und dann dem Reichstag vorgelegt werden.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, sieht der Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsrates die Schaffung einer der Reichsregierung unterstellten Zentralstelle für die Beschaffung von Brotgetreide vor, das zur Ergänzung der heimischen Bestände erforderlich ist. Von dem geernteten Inlandgetreide sollen 40 vom Hundert durch Umlage sichergestellt und der staatlichen Bewirtschaftung zugeführt werden. Von diesen 40 v. H. gehen jedoch das Deputat und Saatgetreide ab. 60 v. H. der Körnerernte sollen dagegen dem freien Handel zugeführt werden.

Wähler Steinheims!

Wählt Zentrum, damit Steinheim künftig in dem Kreistag vertreten ist.

Aus der Tagesordnung

der Versammlung des landwirtschaftl. Lokalvereins am 13. Februar.

Sehr wurde begrüßt, daß das erste Mal die Stadtvertretung in landwirtschaftlichen Fragen vor der Entscheidung mit dem Verein Fühlung nahm.

Die Bullenhaltung betr. wurde der allseitigen Teurung entsprechend eine Erhöhung des Zuschusses an den Bullenhalter als gerecht anerkannt. Bei der Stadt sei der Antrag einzubringen, die Mehrkosten teilweise zu übernehmen, zumal alte Verpflichtungen bestehen und 500 Prozent Grundsteuer erhoben werden, den Rest als außerordentliche Teurungszulage an Deckgeld durch die Stadt von den Rindviehhaltern zu erheben.

Die Steinheimer Waldweide betr. hielt man dem Magistratsbeschlusse entsprechend eine Erhöhung des Weidegeldes pro Stück gegen das Vorjahr um 20—30 Mk. für Einheimische für gerecht, für Auswärtige sei das Weidegeld etwas zu erhöhen. Die Weide wurde allgemein für minderwertiger erklärt als andere, sie sei nur geeignet für ein- und zweijährige Rinder. Dazu komme die Fliegenplage. Die Brennholznot ist für Landwirte z. Zt. größer als für Minderbemittelte, die zu festen Taxen Holz angewiesen bekommen. Bei Kartoffellandabgabe sollen möglichst die bevorzugt werden, die früher was erhalten haben. Arme sollen zudem billige Kartoffeln zu Herbst erhalten.

Der Beitrag wurde auf monatlich 1 Mk. erhöht, damit der Verein für seine Mitglieder und die Allgemeinheit mehr leisten könne. Unter Verschiedenes wurde gegen die Post auf dem alten Friedhof einstimmig protestiert und die Brandstätten im Zentrum der Stadt als geeignetes Bauterrain bezeichnet.

Gottesdienstordnung

in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

2. Fasten-Sonntag, den 20. Februar 1921.

Kollekte für die Krieger-Gedächtnis-Kapelle.

Vormittags 6.30 Uhr: Hl. Messe.
„ 7.30 Uhr: Frühmesse. Gemeinschaftl. hlg. Kommunion der Jünglinge und Schulkommunikanten der Klassen Ia und Ib.
Vormittags 10 Uhr: Hochamt.
Nachmittags 2.30 Uhr: Fastenpredigt und Andacht zu den hl. fünf Wunden. (Kollekte.)

Empfehle mich zum

Brennholz- und Latten-Schneiden.

Bei ständigem Betriebe kann ich eine prompte Bedienung zusichern.

Fr. Schwertfeger, Steinheim
Sägewerk.

Ia. Speisesalz (Steinsalz)
100 Pfund mit Sack 12.— Mark
empfiehlt:
Franz Schrader Nachf.

Unser Stimmzettel.

Stimmzettel der Zentrumspnrtei haben für alle drei Wahlen folgende gleiche Form:

Landtag
Provinz
Kreis

Zentrumspartei

Von diesem Stimmzettel, muß jeder Zentrumswähler sich zwei Stück beschaffen. Im Wahllokal erhält jeder Wähler 2 Briefumschläge, davon einen mit Aufdruck „Langtagswahl" und den andern mit dem Aufdruck „Provinzial-Landtags- und Kreistagswahl". Die beiden Briefumschläge werden, nachdem in jeden ein Stimmzettel gelegt ist, dem Wahlvorstande übergeben.

Das alte Preussen

wollen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei wieder herstellen

Das heißt

Dreiklassenwahlrecht — Gesindeordnung — Junkerprivileg für die Staatsämter — Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter — Militarismus — Klassenjustiz — Rechtlosigkeit der Frau

Knechtschaft
auf allen Gebieten.

Wählt sozialdemokratisch
(S. P. D.)

Gegen das alte Junkerpreußen
Für den neuen, freien Preußenvolksstaat.

Leiden Sie?

an **Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw.** dann gebrauchen Sie **Terrahe's Heilseife.** Erfolg überraschend. — Stück 6.— Mk. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Verkaufsstelle: **Markt-Drogerie in Steinheim.**

Vivat! Vivat!

Zum

50-jährigen Jubiläum

der Zentrumspartei

unseren

Herzlichsen Glückwunsch!

Möge Gott der Herr sie noch lange erhalten. Mit dem Wunsche auf ein herrliches Wachsen, Blühen und Gedeihen verbinden wir die Bitte an alle Freunde und Mitglieder der ehrwürdigen Jubilarin morgen als Jubiläums-Geschenk in jeden Umschlag einen Zentrumszettel zu stecken, Geldgeschenke für die Parteikasse zur Bestreitung der Kosten für die Jubiläums-Wahlen und zum weiteren Ausbau nimmt entgegen der Ortsvorsitzende A. Böger und der Schriftführer H. Kropp.

Vater Windthorst wünscht vom Himmel
Wählt Zentrum in dem Wahlgetümmel.

Reines Bohnenschrot, Ia. Maismehl
Thohmasmehl, Ammonsulfat
Kali, 42-prozentig. Sämtliche Kleesaaten
empfiehlt billigst:
S. Weil Steinheim.

1 tragendes **Ziegenlamm** zu verkaufen.
Ernst Schelbach, Billerbeck.

Technikum Lemgo (Lippe.)
Maschinenbau, Elektrotechnik, Hoch-, Tiefbau, Ziegeleiwesen
Semester 7. 4. 21. Programme frei.